

Arbeiterstimme

619

Zageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostschlesien

1. Jahrgang Dresden, Sonnabend den 19. September 1925 Nummer 135

Zusammenstöße beim Hindenburg-Kummel

Hindenburg, Braun, Gebering auf der nationallistischen Rheinlandfeier — Gegendemonstration der KPD.

Elfen, 19. September. (Eigener Drahtbericht.)

Aus Anlaß der Unwissenheit Hindenburgs veranstaltete der rote Jungkamm und die kommunistische Jugend eine Demonstration durch Elfen. Bei der Abfahrt Hindenburgs am Bahnhof mischte sich die Jugend unter die Spalter bildenden Vereine und brach in heftige Rufe aus. Am Schluß stimmte die Jugend die „Internationale“ an. Darauf ging die Schutzpolizei mit Gummiknüppeln vor und schlug Ziel- und Wahllos auf die Massen ein. Ein Arbeiter wurde von Schupolischen niedergeschlagen, ein anderer wurde verhaftet.

Der „Reiter“ bereit zurzeit das „befreite Gebiet“ und empfiehlt sich den Aufwertungsbedürftigen. Seit Wochen wird im Rhein- und Ruhrgebiet vom Bürgerium ein ungeheurer nationallistischer Kummel größten Stils organisiert. Hindenburg soll das von der „Fremdherrschaft“ befreite Ruhrgebiet begründen, der Bevölkerung des Rhein- und Ruhrgebietes den „Dank des Vaterlandes“ für die unter der Fremdherrschaft geduldeten Leiden aussprechen. Die SPD. und die Gewerkschaften wollten zwar nicht an den Empfangsfeierlichkeiten teilnehmen, um jedoch zu „verhindern“, daß die Rechtsorganisationen einen mächtigen nationallistischen Kummel in Szene setzen, rufen sie „dennoch“ zum demonstrieren Besaggen der Häuser in Schwarz-Rot-Gold auf. Des Reichsbanner wird in Bochum feierlich aufgestellt nehmen. In der Begleitung des Generalsekretärs befinden sich die Sozialdemokraten Braun, Gebering und Bergmann.

Der preussische Ministerpräsident, der Sozialdemokrat Braun, erklärt in einem zur Veröffentlichung gelangten Artikel, daß die Regierungsvertreter nicht ins Rheinland kämen, um „traurige Feste zu feiern, sondern um der Bevölkerung für ihre Treue zur Republik und zum preussischen Lande zu danken.“

Die Arbeiterschaft müsse ihre Liebe zum heutigen Staat beweisen in welchem sie im Gegensatz zum alten wilhelminischen Reich eine der Grundpfeiler staatlicher Ordnung und den festen Schutzwall gegen den Anarchismus und die unheilvolle Politik radikaler Kreise (soll heißen: der KPD.) erblicke. Er mahnt daher dringend zur Teilnahme der gesamten Arbeiterschaft an der Kundgebung.

Das Bochumer „Volkblatt“ fordert direkt zur Beteiligung auf, indem es hervorhebt, daß Hindenburg in Begleitung der sozialdemokratischen Minister Braun und Gebering erscheine, weshalb man „ihm zu Ehren dieser Genossen“ teilnehmen müsse.

Ebenso wird das Reichsbanner in Bochum feierlich aufgestellt nehmen. Das ist wahrscheinlich die neueste Methode, die Reaktion zu „bekämpfen“.

Wichtigste macht auch das Reichsbanner den nächsten Monarchistenpakt mit, um zu verhindern, daß die Chose zu nationallistisch ausartet.

Freu Heul!

Die Komm. Partei Deutschlands ruft zur Gegendemonstration auf

Düsseldorf, den 19. September. (Eigener Drahtbericht.) Die kommunistische Partei, kommunistische Jugend und der rote Frontkämpferbund hatten in einem Offenen Brief den ADGB, die SPD. und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zu einer gemeinsamen Gegendemonstration aller unterdrückten und notleidenden Volksschichten gegen den Hindenburg-Kummel und die monarchistische Gefahr aufgefordert. Eine offizielle Antwort auf diesen Brief ist nicht erfolgt, doch wird bekannt, daß der ADGB, die Beteiligung an der Gegendemonstration unter der lauten Begründung ablehnt, daß die Arbeiterschaft diesem Rufe doch nicht Folge leisten werde. Das bedeutet ein feiges Herumdrehen um eine offene Stellungnahme. Die Arbeiterschaft des Rhein- und Ruhrgebietes, die von der Reichsregierung und ihrem passiven Widerstand völlig allein gelassen wurde, die mit Massenarbeitslosigkeit die Auswirkungen ihres Kampfes gegen den französischen Imperialismus allein auf sich nahm, während die guten Patrioten der rheinischen Schwerindustrie und des Kohlenbergbauens mit dem Erbfeind partizipierten. ADGB. und Sozialdemokratie aber Rehen sein und trenn zu Hindenburg

und fordern durch ihre Parteiführer Gebering und Braun die Arbeiterschaft auf, den Vertretern des Großkapitals und des Junkertums begeisterte Ovationen darzubringen. Wenn einzelne SPD-Führer des Rhein- und Ruhrgebietes sich gegen die Beteiligung an dem nationallistischen Kummel aussprechen, so nicht deshalb, weil sie sich gegen den Hindenburg-Staat wenden, sondern weil sie die Massenempörung ihrer sozialdemokratischen Parteimitglieder fürchten, weil sie fürchten, daß diese in heißen Scharen sich von der SPD. als einer Hindenburg-Partei abwenden werden.

Liquidierung der Partei August Bebel's

Das Ergebnis von Heidelberg — Für die Politik des Bürgertums

Der Parteitag der Sozialdemokraten ist gestern zu Ende gegangen. Will man in kurzen Worten das Ergebnis festhalten, so kann man sagen: einen Schritt näher zur Bourgeoisie. Die Sozialdemokraten haben in Heidelberg betont, daß sie die Partei des Kleinbürgertums sind, daß sie abdrücken vom Gedanken des Klassenkampfes. Nach Heidelberg darf und kann es für die Arbeiter nicht mehr zweifelhaft sein, daß die Sozialdemokraten eine Kleinbürgerliche Reformpartei und nicht eine Partei des Klassenkampfes und des Proletariats sind. Alle Erklärungen, alle Beschlüsse betonen das mit einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig läßt.

Die bürgerliche Presse beäugt denn auch mit unerbittlicher Genugtuung die Enttarnung und die Entscheidungen von Heidelberg. Die „Germania“, das Blatt der Zentrumspartei, schreibt:

„Man markiert in Heidelberg mit gedämpfter Trommel Klang... Vom sozialistischen Zukunftsstaat werden nur noch im Parteiprogramm einige schöne Worte zu lesen sein. In Wirklichkeit glauben nicht mehr viele an ihn...“

Überhaupt: Diese Sozialdemokratie ist etwas ganz anderes geworden, als so die Partei Bebel's war. Die „Lobeshude der bürgerlichen Gesellschaft“ (ein häufig gebrauchtes Wort Bebel's) sind koalitionsfähige Partner dieser Gesellschaft geworden.

Die sozialdemokratischen Massen haben ein positives Verhältnis zum deutschen Staat gefunden. Die Sozialdemokratie will nicht mehr in höflicher Kritik abheilen, sondern mitarbeiten.

Man kann diese Feststellung mit Genugtuung machen. Schwere programmatische Festsstellungen, die für die große Masse unverständlich sein mögen, braucht man ebenso wenig tropisch zu nehmen wie den Vortrag der milden Diktator, die jede Zusammenarbeit mit „Bürgerlichen“ als eine Verhöhnung an dem dreimal gespeicherten Programm verdammt.

Und mit genau so starkem Jubel begrüßt der „Dresdener Anzeiger“ den Abbruch von Heidelberg. Man liest dort:

„Es kann keine Partei veramtortliche Regierungspartei sein oder werden wollen, wenn sie den Staat, und zwar auch den Staat, der ist, verneinen möchte. Die Sozialdemokratie ist im Reich lange Zeit noch dem Umsturz-Regierungspartei gewesen, und nirgendwo noch ist sie jetzt in Heidelberg die Sekunde nicht, es wieder zu werden, so hat zum Ausdruck gekommen. Den „Willen zur Macht“ mag man auch in der Entscheidung über den Sachverhalt sehen, die rückwärts über die radikale Opposition hinwegschritt, die das Ende der Beteiligung an der lächerlichen Regierung herbeigeführt hätte, wenn ihre Wünsche erfüllt worden wären. Alltags diese Entscheidung auch an den Stellen, die über die Parteitagsaufstellung sprechen, etwas klar, so ist das auch in Heidelberg laut gegebene Bekenntnis zur Koalition doch wohl die beste Erklärung, daß von der sozialdemokratischen Seite aus man sich größte Mühe geben wird, um den Staat zu verhindern.“

Man beachte, daß die klugen Journalisten vom „Anzeiger“ die Bemerkungen über den „Willen zur Macht“ in Anführungsstriche setzen. Ein Zeichen, daß man die SPD. nicht ernst und gefährlich nimmt.

Der Parteitag von Heidelberg ist ein Sieg des Bürgertums. Die SPD. hat ohne Danken mit großer Mehrheit beschlossen, das Willensbündel der Arbeiter, die noch mit zur SPD. gehören oder ihr Gefolgschaft leisten, den Bürgerlichen, dem Aufbau und der Erhaltung des kapitalistischen Staates zuzuführen.

Um so beachtlicher ist die Erklärung der „Linken“, daß sie diesem Parteitag folgen, daß sie sich seinen Beschlüssen unterwerfen werden. Zwar bleibt dabei zu bemerken, daß die Opposition bis zu Ende geschlossen blieb. Ob nun diese

Opposition die Schwankung, zu der sie sich bekannte, so schnell durchzuführen kann, ob sie die Arbeiter, die bloß mit ihr gingen, auch wieder zur Schwankung bringen kann, bleibt dahingestellt. Wir werden jedenfalls alles tun müssen, um den Arbeitern zu zeigen, daß eine solche Schwankung für sie die Aufgabe ihres Interessenkampfes bedeutet.

Eben wir uns einige der gravierenden Tatsachen der politischen Entscheidungen an. So haben wir erstens die innere Politik und dann die Außenpolitik der SPD. In der inneren Politik leben wir zwar den parlamentarischen Kampf gegen Zölle und Steuern. Jedoch führte man diese Maßnahmen mehr zur Beruhigung der Massen, und als Druckmittel, wieder in die Regierung zu kommen. Deswegen hat man ja auch den parlamentarischen Kampf nicht bis zur Obstruktion betrieben. Keil erklärte dazu, man habe nicht wie ein „Stier im Porzellanladen“ arbeiten wollen. Deutlicher und charakteristischer war ja die von uns vor einigen Tagen abgedruckte Erklärung Brauns im Ausschuß des Preussischen Landtages: „Man habe der Unber-Regierung keine wirtschaftlichen Schwierigkeiten machen wollen.“ Was hier leitender Gesichtspunkt bei den Einheitsmeinungen war, dürfte auch bei der Zolldebatte maßgebend gewesen sein. Auf jeden Fall wollte man die Brücke zum Bürgertum nicht zerbrechen. Wenn man der Auffassung ist, daß man den bürgerlichen Staat erhalten, eventuell nur durch Beteiligung an der Regierung den allzu starken Druck der Kapitalisten etwas abmildern, in Brocken oder wie Medizin tropfenweise geben muß, nicht um den Arbeitern zu helfen, sondern um ihre Empörung einzudämmen, muß man bis zur letzten Konsequenz des Zusammengehens mit den Feinden der Arbeiter schreiten. Man kann nicht behaupten, daß der Heidelberger Parteitag diesen Schritt nicht getan.

No noch einige Lüden sind, wird sie der Parteivorstand ausmerzen. Wenn diese Einstellung mit ein paar Phrasen über Klassenkampf geschieht, so ist das nur die Verbeugung der Terminologie, um die Arbeiter zu täuschen. Würden doch die Forderungen der „Linken“ auf klarere Trennung von den bürgerlichen Parteien vom Vorstand spöttisch abgelehnt.

Die „Linken“ hatten eine zwar absolut unklare, nicht konsequente Resolution eingebracht, in der es heißt:

„Unter diesen Umständen fordert der Parteitag die Reichstagsfraktion auf, in allen künftigen Kämpfen ohne jede Rücksicht auf die bürgerlichen Parteien mit aller Schärfe die Interessen des Proletariats zu vertreten, damit auch die proletarischen Anhänger jener Parteien in ihre die Vertreterin ihrer Interessen erkennen und das große Herz stehendbewußter Proletarier vermehren.“

Darauf erklärte Keil, daß die Konsequenzen dieser Resolution seien: Aufgabe der preussischen Regierung, Aufgabe jeder Machtentfaltung im Reich. Er empfahl dem Parteitag, sich nicht auf verbrauchte Schlagworte festzusetzen. Der Parteitag lehnte denn auch mit großer Mehrheit die Resolution ab.

Man will unter keinen Umständen von den Bürgerlichen getrennt werden. Ja, man denkt nicht einmal daran, die Arbeiter von der demokratischen und Zentrumspartei zu lösen. Die SPD. fühlt sich schon eng verbunden mit den Parteien der Weimarer Koalition. Es unterscheidet sie nichts als die Phraseologie. Sie wollen einen großen Bloß der Wahlbürger. Deswegen ist es ihnen gleich, ob die Arbeiter bei der SPD., beim Zentrum oder den Demokraten sind. Wenn der Bestand der Partei nur etwas

Verbot kommunistischer Demonstration

Düsseldorf, 18. September. (Eig. Drahtber. lgt.) Die Gegendemonstration der KPD, KJ. und des RFB. gegen den Hindenburgkummel in Düsseldorf wurde wegen „Unruhe und Ordnung“ verboten.

Vor dem Eintritt in den Bänderbund

Berlin, den 18. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierungspresse des Auslandes fährt fort, Deutschlands Eintritt in den Bänderbund und Post mundgerecht zu machen. Eine französische Zeitung teilt mit, daß der Eintritt Deutschlands in den Bänderbund eine unumgängliche Voraussetzung für Inkrafttreten des Vattos sei, so daß man in Pariser Regierungskreisen den Eindruck habe, daß Berlin dazu entschlossen sei. Es wird berichtet, daß schon deutsche Vertreter im Bänderbund festgelegt seien.

Die KPD. fordert Einberufung des Reichstages

Berlin, den 18. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Reichstagsfraktion der KPD. hat an den Präsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem sie angesichts der bevorstehenden außerordentlichen Entscheidungen die sofortige Einberufung des Reichstages verlangt. Bekanntlich wird am 21. September das Reichskabinett zum Abschluß des Sozialpaktens Abkommens nehmen und am 22. September wird der anstehende Wahltag des Reichstages liegen. Hierin soll sich eine Ministerkonferenz abspielen. Die Regierung wählt den schon immer begangenen Weg, in Wahlkampfprospekten jedweden allgemeinen Arbeiterinteressen zu vernachlässigen. Diesen Weg zu beschreiten und Wahlschritt von der Regierung vor der Öffentlichkeit zu verbergen, ist der Sinn der kommunistischen Forderung auf Einberufung des Reichstages.